

KOMMENTAR

## Überzeugungsarbeit notwendig

Von Norbert Spinrath

Bald sollen die Atommülltransporte wieder rollen - zumindest ins Ausland. Das Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter hatte vor kurzem nach zweijähriger Zwangspause die Signale auf Grün gestellt. Aber der Widerstand, der sich sonst nur gegen innerdeutsche Transporte in die Zwischenlager richtete, soll nun, glaubt man den Stimmen der Atomkraftgegner, auch Fuhren zu den Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und England blockieren. Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat unterdessen versäumt, die Weichen für den von der GdP vehement geforderten Transportkonsens zwischen Kernkraftgegnern und Politik zu stellen.

Trittin muss jetzt schnellstens das Gespräch mit Gegnern, Befürwortern und der Polizei suchen. Er ist derjenige, der verantworten muss, wenn sich der aktive oder passive Atom-Widerstand neue Schauplätze sucht, wo Konflikte mit den Sicherheitsbehörden nicht auszuschließen sind. Gelingt ihm dies nicht, gerät er noch stärker unter den Druck der Energieerzeuger. Und das würde Bundeskanzler Schröder auf den Plan rufen. Bilder eines hitzigen Demonstrationsgeschehens rund um die Castor-Behälter wird Schröder nicht gerne sehen wollen. Denn er weiß: Sein in zähen Verhandlungen mit der Industrie erzielter Atomkompromiss gilt in Reihen der Atomkraftgegner als klassisches Einknicken vor der Macht der Wirtschaft.

Die Polizei wird in Anbetracht der neuen Lage eine entsprechende Vorbereitungszeit benötigen, um die bisher als unproblematisch geltenden Transporte ins Ausland ausreichend zu schützen. Die Gewerkschaft der Polizei fordert daher, die Transporte nach La Hague und Sellafield gleich denen nach Ahaus und Gorleben mindestens sechs Monate vor dem Tag X mit der Polizei zu planen.

Trittin ist jetzt mehr denn je als Mittler gefragt. Er darf nicht versuchen, die Transporte durchzuboxen, sondern muss sich vor Ort den Demonstranten stellen. Er muss den zahlreichen Kritikern der Atomausstiegspolitik der Regierungskoalition klar machen, dass in nächster Zeit ein Ausstieg ohne häufigere Atommülltransporte nicht funktionieren kann. Unbedingt vermieden werden muss, dass sich der jetzt artikulierte Protest in Gewaltaktionen gegen die polizeilichen Einsatzkräfte entladen könnte. Die Polizei darf nicht dazu missbraucht werden, vernachlässigte Konsensbemühungen ausbaden zu müssen. Und es darf nicht sein, dass gewaltbereite Gegner die Atomwirtschaft und den Staat meinen, Knüppel und Steine aber Menschen, nämlich Polizistinnen und Polizisten, treffen und verletzen.

Die GdP wird im Vorfeld genehmigter Transporte den Kontakt zu den Atomkraftgegnern, den vielen Bündnissen und Initiativen suchen. Der Umweltminister aber ist in der Pflicht. Er sollte auch mit dem letzten aller Kritiker des Atomkompromisses die Argumente tauschen und, wenn sich denn Demonstrationen nicht vermeiden lassen, intensiv für einen friedlichen Ablauf etwaiger Demonstrationen oder Aktionen werben.

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 11/2000](#))